

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kirschinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 2. Februar 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Der Vormarsch der Eisernen.

SPD. Der preussische Kultusminister Grimme hat in einer Rede in Berlin die Eiserne Front eine der bemerkenswertesten machtpolitischen Tatsachen der Gegenwart genannt. Das ist ein Wort, das allen Freunden und Anhängern der Eisernen Front die eigene Kraft zeigt, ihren Gegnern aber die Grenze des reaktionären Machtwillens gegen die deutschen Republikaner. Dieses Wort lehrt, dass die Macht im Staate nicht abhängt von Brachialgewalt, von der bewaffneten Gewalt, sondern dass sie geistige Macht sein muss, wenn sie sich behaupten will.

Das Anwachsen der faschistischen Kräfte in Deutschland seit 1930 war die eine machtpolitische Tatsache der Gegenwart. Dass diese Kräfte einen Machtfaktor darstellen, das ist nicht die Folge der Organisierung einer Bürgerkriegstruppe, nicht die Folge der Militärspielerei in Hitlers grossem Generalstab in München, auch nicht die Folge des blutigen Strassenterrors und der Aufziehung von Nazikasernen. Es ist vielmehr die Folge davon, dass die Machtträume des Faschismus die Köpfe von Millionen von Spiessbürgern vernebelt haben. Die geistige Umschichtung in den Köpfen des Bürgertums, das ist das wirkliche Aktivum an Machtzuwachs der faschistischen Kräfte.

Die andere machtpolitische Tatsache aber ist die Eiserne Front! Sie hat keine Kasernen, keinen grossen Generalstab, keine Militärschulen, keine Generale und Obersten. Ihre Anhänger tragen nicht die Pistole in der Tasche. Aber sie ist Macht, wirkliche Macht, die von Tag zu Tag stärker wird! Sie ist geballter Wille von Millionen, Wille, der aus klarer Erkenntnis hervorgewachsen ist. Seitdem der Ruf zur Eisernen Front in Deutschland erhoben worden ist, hat sich eine gewaltige und überraschende Aufrüttelung in allen republikanischen Kreisen, vor allem in den Kreisen der Arbeiterschaft vollzogen. Eine allgemeine Volksbewegung ist im Gange, die mit grösster Geschwindigkeit sich vollzieht deren Woge in kürzester Frist durch ganz Deutschland hindurchgeeilt ist. So erfolgt Machtbildung, so erfolgt Machtverlagerung! Das ist eine eindringliche Warnung an alle, denen es an Einsicht in die Bewegungsgesetze des öffentlichen Lebens mangelt und die meinen, dass mit einer vergifteten unwahrhaftigen Agitation und mit putschistischen Stosstrupps der Freiheits- und Souveränitätswille eines Volkes über den Haufen gerannt werden könne!

Die grösste Stärke der Eisernen Front gegen den Faschismus ist die geistige Klarheit ihrer Anhänger über das, worum es geht. Der geballte eiserne Abwehrwille gegen alle putschistischen Bestrebungen ruht auf der Erkenntnis der grossen gesellschaftlichen und politischen Grundtatsachen der letzten Zeit. Er erweckt aus einem glühenden idealistischen Willen zur Freiheit die Eiserne Front: Das ist geistige Geschlossenheit gegenüber dem Heer der Mitläufer des Faschismus, gegenüber der Vielheit der spiessbürgerlichen Bestrebungen, von denen jede etwas anderes von den Nationalsozialisten erwartet, aber keine genau weiss, was eigentlich. Mögen diese faschistischen Kräfte sich an der Kraft der Eisernen Front reiben: es wird das Sichreiben des Irdenen an den eisernen

Töpfen sein!

Eiserne Front! Die Parole hat wie Blitzschlag im Lande gezündet. Sie hat Säumige und müde Gewordene aufgerüttelt, sie hat unfruchtbaren Diskussionen ein Ende gemacht. Sie hat gezeigt, dass trotz des entsetzlichen Drucks der Not in der Dauerkrise die Aktivität der Arbeitermassen nicht zerbrochen worden ist. Die Männer, die diese Parole ins Land gerufen haben, haben ein Echo erfahren, das uns alle überrascht hat. Es geht durch die Dumpfheit der Notzeiten, durch die Stagnation der politischen Verhältnisse in der Zeit der Lahmlegung des Parlaments durch das wildgewordene Spiessbürgertum, das ziellose radikal klingende Geschrei, durch die Trübseligkeit des Notverordnungsregimes ein frischer befreiender Luftzug der Massenaktivität, ein Lebenszeichen des demokratischen Willens im Volke. Die Zeit der Dumpfheit und des Schweigens geht vorüber, es ist Bewegung gekommen in die Massen, die Freiheit und Sozialismus wollen.

Aus allen Städten und vom flachen Lande hören wir Berichte über den Vormarsch der Eisernen Front. Alle Versammlungen, die in ihrem Zeichen abgehalten werden, sind überfüllt. Ueberall jubelndie Massendem Rufe zur Eisernen Front zu. Diese Versammlungen sind vor allem ein glänzendes Symbol des einigen Zusammenstehens aller klassenbewussten Arbeiter, und ihren Zusammenstehens mit allen, die für Recht und Freiheit in Deutschland eintreten. Die Aktivität, die sich in diesen Versammlungen zeigt, konnte durch keine Organisations- oder Agitationskünste geweckt werden. Es ist eine spontane Aktivität, die durch den Begriff der Eisernen Front ausgelöst wurde, der in einem Worte alles zusammenfasst und ausspricht, was alle deutschen Republikaner bewegt! Es ist ein spontanes Bekenntnis zur Demokratie und zur republikanischen Verfassung, hinter dem die heutige Reichsregierung weit zurückbleibt! Sie hat diese Kräfte im Volke nicht gesucht. Diese Kräfte wirken für ihre Existenz - aber sie versteht es nicht, diese Kräfte zu suchen und ihre Bürokratie steht diesen demokratischen Volkskräften kühl, ja feindselig gegenüber. Umso schlimmer für die Bürokratie! Die Bewegung ist erst noch in den Anfängen. Systematisch rollt die Versammlungslawine durch das Reich, und nicht nur die Versammlungslawine allein, die sogenannte Rüstwoche erfasst und bindet den Einzelnen, der sich zur Eisernen Front bekennt, sie vereint Bekenntnis und Opfer. Dieser Gedanke der Abstimmungen mit dem Groschen für die Eiserne Front erweist sich als ein ausgezeichnetes Propagandamittel. Die Erfolge der Berliner Rüstwoche werden ins Reich getragen werden. Im ganzen Lande werden bereits Vorbereitungen getroffen um die Rüstwoche in allen Gauen durchzuführen.

Wir sind nicht niederzuwerfen. Wir gehen von der Verteidigung zum Angriff über. Wir setzen der Mobilmachung der wildgewordenen Spiessbürger gegen die demokratische Republik den eisernen Willen und die Erkenntnis der kampfproben Arbeiterschaft gegenüber. Weder die Last der Krise noch die Drohungen noch die geistigen Verwirrungsversuche des Faschismus haben vermocht, die Köpfe der Arbeiterschaft zu vernebeln und ihren Willen zu schwächen. Sie ist Macht, bewusste Macht, wachsende Macht, Macht, die einst über ihre Feinde siegen wird

SPD. Genf, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Unter gewaltigem Andrang von Diplomaten, Publikum und Presse wurde am Dienstag-Nachmittag um 4,30 Uhr die Weltabrüstungskonferenz von ihrem Präsidenten Henderson eröffnet. Durch die kurz vorher erfolgte Dämpfung des japanischen Angriffsgeistes in der Sitzung des völkerbundsrates wurde die feierliche Stimmung unterstrichen. Allgemein wurde das schwerwiegende Ergebnis dieser Ratssitzung als ein günstiger Auftakt für die Konferenz bewertet, gegen die seit Wochen ein immer stärkeres Trommelfeuer von Kriegshetzen und Falschmeldungen vorgenommen worden war.

Arthur Henderson ergriff sofort das Wort zu seiner eindrucksvollen Eröffnungsrede, in der er u.a. ausführte: "Wir sind an einem historischen Augen-

blick angekommen. Die Konferenz selbst ist ohne jede Vorgängerin. Ihre Delegationen sprechen für 1700 Millionen Menschen. Es ist die wichtigste internationale Versammlung, die seit Kriegsschluss abgehalten wurde. Niemals fand eine Konferenz statt, deren Aufgabe dringender und für die Menschheit nützlicher gewesen wäre. Diese Aufgabe besteht aus drei Teilen: 1. Wir müssen zu einem gemeinsamen Abkommen gelangen für ein wirksames Programm, das schnell eine fühlbare Verminderung und eine Begrenzung sämtlicher nationaler Rüstungen sichert. 2. Wir müssen feststellen, dass keine Rüstung diesem Vertrag entzogen werden kann, durch den sämtliche vertretenen Staaten sich als gemeinsames Ziel setzen müssen, die Vollendung der Weltabrüstung. 3. Wir müssen die dauernde Fortsetzung unseres Fortschritts auf dieses Endziel hin sichern, ohne in irgendeiner Weise die ganze Wichtigkeit der glücklichen Resultate unserer sofortigen Bemühungen abzuschwächen. Endlich ist zu beschliessen, gleiche Konferenzen abzuhalten, in verständnisvoll kurzen Abständen.

Der Abschluss eines so weitgehenden internationalen Vertrages wirft das ganze Problem von Frieden oder Krieg auf. Jedes Volk will vor Angriffen sicher sein. Dieses Bestreben war einer der Hauptgründe für die Aufrechterhaltung furchtbarer Rüstungen in der ganzen Welt. Aber die Existenz der Rüstungen war an sich eine dauernde Quelle der Furcht und des gegenseitigen Verdachts, die das internationale Leben vergifteten, den Friedenswillen unterdrückten und die Nationen immer und immer wieder zum fiebrigen Ruf zu den Waffen getrieben haben. Die moderne Geschichte liefert einen unwiderleglichen und überzeugenden Beweis von der Falschheit des Prinzips, nach dem die Sicherheit einer Nation proportional der Stärke ihrer Rüstungen sei. Die lebenden Generationen erkennen mehr und mehr, dass keine schwerere oder sicherere Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit existiert, als die Aufrechterhaltung der furchtbaren Rüstungen. Wir müssen den fehlerhaften Kreislauf brechen, von dem die Völker wieder eingefangen zu werden drohen. Das Gefühl der Unsicherheit führt zur Erhöhung der Rüstungen. Es verstärkt das Gefühl der Unsicherheit und wenn man den Zirkel nicht brechen kann, dann folgen die Dinge ihrem unvermeidlichen Lauf."

Henderson erinnerte dann an die gebieterische Verpflichtung aus dem Völkerbundspakt, schilderte in ausführlicher Darstellung die Bemühungen des Völkerbundes um die Entwicklung der Kriegsverhütung, Erhöhung der Sicherheit, Ausweitung der Schiedsgerichtsbarkeit und alle politischen und technischen Vorbereitungen der Konferenz. Seine Rede fand lebhaften Beifall.

SPD. Dresden, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

In dem seit drei Tagen vor dem Schwurgericht Dresden gegen 8 Nationalsozialisten geführten Prozess wurde am Dienstag der Handlungsgehilfe Helmecke und ein sogenannter Kunstgewerbler Hans Mersch wegen zweifacher gefährlicher Körperverletzung, im zweiten Fall verbunden mit Raufhandel sowie Vergehens gegen das Waffenmissbrauchsgesetz zu 2 Jahren 4 Monaten bzw. zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurteilt. Ebenfalls wegen Raufhandel teilweise in Verbindung mit gefährlicher Körperverletzung und Waffenmissbrauch erhielten weitere 5 Hakenkreuzler Gefängnisstrafen von 7 Monaten 2 Wochen bis zu einem Jahr. Ein Angeklagter wurde, obwohl dringender Verdacht auch gegen ihn begründet war, mangels ausreichenden Beweises freigesprochen.

Der Verhandlung lagen zwei Ueberfälle auf Reichsbannerleute zugrunde. Im zweiten Fall wurde am dritten November der Reichsbannerkamerad Arno Wolf in Riesa durch 5 Messerstiche auf bestialische Weise ermordet. Die Anklage lautete ursprünglich auf Körperverletzung mit Todeserfolg, schliesslich wurde jedoch nur Raufhandel mit Körperverletzung angenommen. Nach Lage der Sache erscheint das Urteil viel zu milde.

SPD. Der holländische Sender Hilversum sendet am Mittwoch-Abend 21, 10 Uhr bis 23 Uhr ein Hörspiel "Rüstet ab!" von Ernst Zimmermann-Frankfurt/Main. An der Aufführung wirken die Grosse Volksbühne und holländische Arbeitersänger mit. Das Hörspiel schildert auf Grund von Erlebnissen des Verfassers Leiden und Untergang einer Gruppe Soldaten in der Somme-Schlacht.

SPD. Genf, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

In letzter Stunde hat ein energisches Handeln im Völkerbundsrat den Krieg, wenigstens um Schanghai, aufgehalten und die drückende Kriegsstimmung der Welt etwas erleichtert.

England und Amerika gehen neuerdings in Schanghai gemeinsam vor. Sie haben von Japan die Einstellung der Feindseligkeiten, die Bildung einer neutralen Zone und Verhandlungen zwischen China und Japan über die Streitfragen verlangt. Sie unterstützen diese Forderungen mit unmissverständlichen Kreuzer- und Truppenentsendungen. Um das nachdrücklich vor der ganzen Welt zu erklären, verlangte England am Dienstag um die Mittagszeit eine öffentliche Ratssitzung. Infolgedessen musste die Eröffnung der Abrüstungskonferenz nochmals um zwei Stunden verschoben werden. Japan, das die ohnmächtigen Entschliessungen des Völkerbundsrats bisher nur verhöhnt und die Nachgiebigkeit des Rates immer weiter ausprobiert hatte, hatte seinem Vertreter bereits Anweisung gegeben, sofort zurückzuweichen. Der japanische Vertreter erklärte sich einverstanden mit dem Vorgehen der Grossmächte, obwohl ihn niemand danach gefragt hatte.

Die Ratssitzung leitete anstelle des erkrankten Paul Boncour Frankreichs Kriegsminister Tardieu ein. Sofort verlas der englische Kolonialminister Thomas eine Erklärung seiner Regierung, die einen ungeheuren Eindruck hervorrief. Die englische Regierung erachte es als unmöglich, dass die jetzige Entwicklung im Fernen Osten so weitergehen dürfe, da sonst der Völkerbundsvertrag, der Kellogg-Pakt und das Neunmächteabkommen unausbleiblich das Vertrauen der Welt verlieren müssten. Unglücklicherweise seien alle bisherigen Schlichtungsversuche unwirksam gewesen. Deshalb habe die englische Regierung in Uebereinstimmung mit der von Amerika beschlossen, eine weitergehende Anstrengung zur Beendigung der bedauerlichen Ereignisse zu unternehmen. Sie vertraue auf die Mitwirkung der anderen Regierungen. Amerika und England hätten in Tokio gemeinsam eine formelle Forderung unterbreitet: 1. dass alle Gewaltakte und Vorbereitungen zu Feindseligkeiten sofort aufzuhören hätten; 2. dass in der Zone von Schanghai beide Parteien ihre Truppen zurückziehen und zum Schutze der internationalen Niederlassung eine neutrale Zone zu bilden sei; 3. dass sofort Verhandlungen zu beginnen hätten zur Regelung der bestehenden Streitfragen im Geiste des Kelloggpaktes und der Ratsentschliessung vom 9. Dezember 1931.

Anschliessend verlas Thomas eine Regierungserklärung, die zur gleichen Zeit im englischen Unterhaus abgegeben wurde. Sie schildert die traurigen Ereignisse um Schanghai und die dortigen Versuche der Konsuln zur Eindämmung, gibt dann das neue Vorgehen an und fährt fort: Bezüglich der militärischen Lage habe die Regierung am Sonntag beschlossen, zu den drei britischen Bataillonen in Schanghai noch ein Bataillon Infanterie und eine Batterie von Hongkong zu beordern. Die Seestreitkräfte Cornwall, Sandwich und zwei Kanonenboote seien bereits am Sonntag durch die beiden Kreuzer Kent und Suffolk ergänzt worden. Engste Zusammenarbeit mit den anderen Mächten werde erfolgen, England erbat dann vom Rat seine Zustimmung und Unterstützung.

Trocken knarrte Tardieu, Frankreich habe am Montag-Abend gleichfalls Truppenverstärkungen nach Schanghai beordert und Instruktionen für ein gemeinsames Vorgehen gegeben. Grandi erklärte für Italien und Weizsäcker für Deutschland die Mitwirkung im Sinne der englischen Erklärung. Yen-China dankte für die eingeleiteten Massnahmen, während Sato-Japan sich beeilte, unter Angriffsbeschuldigungen gegen China sofort die japanische Bereitschaft zur Annahme

des britisch-amerikanischen Verlangens zu erklären.

Auf Antrag des Generalsekretärs bewilligte der Rat abschliessend einen Kredit von 25 000 Schweizer Franken für die ausserordentliche Untersuchungskommission in Schanghai.

SPD. In der Hugenberg-Presse vom Dienstag-Morgen und ebenso vom Dienstag Abend sind zu der Bildung des Sahn-Ausschusses völlig übereinstimmende Kommentare zu finden. Sie klingen wie folgt aus :

"Es ist anzunehmen, dass noch im Laufe dieser Woche sehr wichtige innenpolitische Verhandlungen stattfinden und vielleicht auch Entscheidungen getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Reichspräsidentenwahl auch auf anderen Gebieten grosse Bedeutung haben können."

Was steckt hinter diesen dunklen Andeutungen? Nichts anderes als ein grosses Intriguenspiel, das nunmehr seit fast zwei Wochen im Gange ist und das sich hauptsächlich gegen den Reichskanzler und seine Regierung richtet. Seine Hauptakteure sind Mitglieder der deutschnationalen Partei. Inspiriert von Hugenberg und Konsorten versuchen sie bei dem Reichspräsidenten direkt und indirekt über seinen Staatssekretär Meissner dafür Verständnis zu gewinnen, dass Brüning eine Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentschaft gefährdet und die gesamte Rechte für Hindenburg stimmen wird sobald Brüning geht und an seine Stelle ein Nazi oder ein Deutschnationaler getreten ist. Bis jetzt habendiese Intriguen einen positiven Erfolg nicht gehabt und deshalb werden sie neuerdings von den Rechtsputschisten mit verstärktem Druck fortgesetzt. Wie es heisst mit Zwischenspielern in hohen beamteten Stellungen

Es ist im Augenblick nicht die Zeit auf diese Intriguen, ihre Akteure und deren beamtete Helfershelfer in aller Ausführlichkeit einzugehen. Aber festzustellen ist dazu, dass die Rechtsputschisten eine Mehrheit für ein von ihnen gebildetes Kabinett in dem gegenwärtigen Reichstag nicht besitzen, während Brüning über eine derartige Mehrheit noch verfügt. Das verbrecherische Spiel der Ganz- und Halbputschisten kann deshalb nur gegen den bestehenden Reichstag und damit gegen die Verfassung gelingen.

SPD. Genf, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Im weiteren Verlauf seiner Eröffnungsrede zur Abrüstungskonferenz führte Henderson aus :

Der vorläufige Konventionsentwurf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz sei ein Rahmen von Methoden und Ziffern, dessen praktische Tragweite von der Konferenz bestimmt werden müsse. Die Konferenz sei vollkommen frei, jeden anderen Text oder Vorschlag zu prüfen, und er fordere alle Delegationen auf, konstruktive vorschläge auszuarbeiten. Alle Probleme und Schwierigkeiten politischer, wirtschaftlicher und technischer Art rüsten behandelt werden. Gerade die Rückwirkung auf die Wirtschaftskrise sei evident. Die finanziellen Lasten der Rüstungen seien eine ihrer Hauptursachen. Eine mittlere Summe sei schwer zu nennen, aber nach den vorsichtigen Berechnungen des Völkerbundssekretariats würden mindestens vier Milliarden Dollar jährlich für Rüstungen ausgegeben. Nicht nur seien sie völlig unproduktiv, sondern selbst die Aufrechterhaltung der Rüstungen auf ihrem jetzigen Stand stelle eine Bedrohung des Weltfriedens dar.

"Die Welt verlangt die Abrüstung", so schloss Henderson. "In unserer Macht liegt es, die Geschichte der Zukunft gestalten zu helfen. Ueber allen technischen Kombinationen bezüglich Truppenzahl, Kanonen und Tonnen steht das Wohl der Menschheit und die Zukunft unserer Zivilisation. Die Menschheit hofft, durch unsere Arbeit von der Drohung befreit zu werden, die immer die

die Aufrechterhaltung von enormen nationalen Rüstungen für Frieden und Sicherheit bedeutet. Ich weigere mich selbst, an die Möglichkeit eines Misserfolges zu denken, da niemand dessen verheerenden Folgen voraussehen kann. Eines wäre aber sicher, dass die Welt wieder in ein gefährliches Rüstungswettrennen verfallen würde. Sind wir bereit, eine Politik zu verfolgen, die von der Ueberzeugung ausgeht, dass der Krieg überwunden ist und dass wir ernstlich auf ihn als Mittel der nationalen Politik verzichtet haben? Sind wir bereit, unsere Bemühungen zu vereinigen, um die Gelegenheit, soweit sie sich uns noch bietet, zu ergreifen und den Völkern einen neuen Abschnitt der Geschichte zu eröffnen zu den Höhen des Friedens und der Zusammenarbeit?

Nur dann wird jedes Volk die Freiheit haben, sein Leben zu leben, ohne Ungerechtigkeit, Angriffe, Unterdrückung oder Krieg fürchten zu müssen. Nur dann werden alle Völker gleiche Rechte geniessen können, in dem freien Wunsch, den wir aufzubauen begonnen haben. Nur dann wird die Brüderlichkeit der Völker herrschen können, die dann nicht mehr länger mögliche Feinde, sondern treue Freunde sein sollen. Ihre Anwesenheit hier bildet Ihre Antwort. Ihre Anwesenheit gleicht einem Versprechen des Erfolges. Erfüllen wir also unsere Aufgabe mit der Ueberzeugung, dass es in unserer Macht liegt, dank unserer Arbeiten zu entscheiden und nach Massgabe des Grades, in dem wir zu einem Abkommen gelangen, die Nationen zu den versprochenen Lande zu führen!"

Die mutige Rede Hendersons wurde von den Delegierten mit nicht mehr als höflichem Beifall quittiert. Henderson ernannte darauf Motta-Schweiz zum Ehrenpräsidenten der Konferenz. Sofort wurden die drei Kommissionen für die Geschäftsordnung, Prüfung der Vollmachten und Petitionen gebildet. Am Sonnabend wird sich voraussichtlich eine Vollversammlung mit den bis dahin durchgearbeiteten Petitionen befassen.

SPD. Frankfurt/M., 2. Februar (Eig. Dr.)

Die Grosse Strafkammer des Frankfurter Landgerichts verurteilte drei Nationalsozialisten wegen erheblicher Körperverletzung zu je 6 Monaten Gefängnis. Die Nazis hatten im November vorigen Jahres einen Kommunisten zu Boden geschlagen, den Wehrlosen mit Füssen getreten und ihm mit dem Ruf "Wenn er nur verreckt!" einen Rippenbruch, einen Bluterguss in die Niere und Kopfverletzungen zugefügt.

SPD. Genf, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Hugenbergs Telegraphen-Agentur versucht begreiflicherweise sofort Stimmung gegen Henderson und den Generalsekretär der Konferenz zu machen. In einer geheimnisvollen Meldung behauptet T.U., Henderson habe das Abrüstungsprogramm der zweiten Internationale ursprünglich in seiner Rede verarbeitet gehabt. Dieses sei ihm aber von Sir Eric Drummond herausgestrichen worden.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist eine solche Zensur, die sich Henderson nicht hätte gefallen lassen, schon deshalb nicht wahr, weil die behauptete Streichung nie in der Rede enthalten war. Henderson hat als Vorsitzender viel wirksamere Möglichkeiten, für dieses Programm einzustehen, als sie ihm eine Eröffnungsrede geboten hätte.

SPD. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels hat dem Reichsinnenminister Groener am Dienstag persönlich einen Band von Aktenmaterial überreicht, das die Terrormethoden der Nationalsozialisten darstellt. Vor Wochen wurde dem Reichsinnenminister bereits ein Band mit derartigem Material zugestellt. Dieser Zustellung ist jetzt die Uebermittlung weiterer acht Bände

gefolgt, die durchschnittlich etwa 200 Seiten stark sind und 363 Terrorfälle der letzten Zeit behandeln. Das Material umfasst Beleidigungen, Bedrohungen und Verletzungen, teilweise mit Todeserfolg.

Die einzelnen Vorgänge sind zum grössten Teil durch Zeugenaussagen, durch offizielle Polizeiberichte, einzelne auch bereits durch Gerichtsurteile belegt. Es handelt sich um Provokationen, Herausforderungen, Misshandlungen in Versammlungen, auf der Strasse, nach Versammlungen, oder bei Demonstrationen, oder nach Demonstrationen. Auch um Vorgänge, die sich mit politischem Hintergrund aus Wirtschaftsstreit heraus entwickelt haben, und auch um Fälle, wo ohne jede Veranlassung auf der Strasse Andersdenkende von Nationalsozialisten gereizt, provoziert und dann misshandelt worden sind.

Übersieht man die ganzen Vorgänge, so zeigt es sich, dass in Deutschland mag es Ostpreussen oder Baden, mag es Mecklenburg oder Württemberg, mag es Braunschweig oder Thüringen sein, immer nach derselben Methode gehandelt wird.

SPD. Hannover, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Die KPD in Hannover ist pleite. Sie hat ihr Parteihaus schliessen und den Bankrott erklären müssen. Gegen die Verantwortlichen ist Haftbefehl zur Leistung des Offenbarungseids angeordnet worden. Dasselbe ist der Fall bei dem Gauführer der Hitlerjugend.

SPD. Der Rechtsausschuss des Reichstags nahm am Dienstag die Einzelberatung des sozialdemokratischen Antrags auf Neuregelung der Fürstenabfindung auf

Die Darstellung, die der Vertreter des Reichsinnenministeriums über das von den Ländern eingegangene Material gab, brachte geradezu unglaubliche Tatsachen ans Licht. Noch immer werden an die ehemaligen Fürsten und zum Teil an weit entfernte Verwandte Renten gezahlt. In Württemberg von 50 - 70 000 Mark; in Mecklenburg-Schwerin fünf Renten im Gesamtbetrage von 91 000 Mark, in Lippe vier Renten von 51 000 Mark neben einer Aufwertungsforderung von einer Million. In Schaumburg-Lippe lasten auf den 46 000 Einwohnern Renten- und Pensionsansprüche von 171 000 Mark, zum Teil bis zum Jahre 1946. In Thüringen muss in Sachsen-Weimar-Eisenach eine auf 33 % aufgewertete Rente von 100 000 Mark gezahlt werden, in Sachsen-Meiningen eine 100 % aufgewertete Rente von 495 000 Mark und für Schwarzburg sind acht Renten im Betrage von 124 000 Mark, wovon drei Renten erblich sind, zu entrichten.

Namens der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärte Abg. Wagner-Soz., dass das vorgetragene Material den Wunsch des Volkes auf Aufhebung der Renten für die ehemaligen Fürsten völlig rechtfertige. Man stelle sich vor, dass die von dem Lande Mecklenburg-Strelitz von 110 000 Einwohnern allein an die montenegrinische Prinzessin zu zahlende Summe von 50 000 Mark plus 8 % Zinsen seit 1925 eine regelrechte harte Kopfsteuer bedeute. Auf eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen entfielen 25 Mark Beteiligung an dieser fürstlichen Belastung des Landes. Nach dem vorgebrachten Material könne man unmöglich weiter die Behauptung wiederholen, dass die Sozialdemokratie einen unbegründeten Antrag eingebracht habe.

Abg. Graf Westarp hielt den Vorwurf in vollem Umfange aufrecht. Es höre jede Rechtssicherheit auf, wenn man alle erledigten Fürstenabfindungen aufs neue aufrollen wolle. Die Fürsten seien von der Not der Zeit mit betroffen. Der Antrag der Sozialdemokraten bedeute einen Eingriff in die schwebenden Prozesse. Immerhin erkannte Westarp bei dem Kapitel der Renten an, es gebe da "einzelne Fälle, die uns allen keine Freude machen", aber dazu noch einmal die Gesetzgebungsmaschine in Gang zu setzen, entspreche dem agitatorischen Bedürfnis der Sozialdemokratie.

Abg. Seger-Dessau (Soz) entgegnete dem Vorredner, dass der sozialdemokratische Antrag lediglich bezwecke, die Länder in dieselbe Rechtslage zu versetzen, in der sich die Fürsten befänden, die jetzt von sich aus die seit langem erledigte Abfindung aufs neue anfechten. Sollten denn die Länder wehrlos immer neuen Ansprüchen der Fürsten ausgeliefert sein? Die Länder könnten doch nicht die von ihnen angenommenen Verträge mit der Begründung anfechten, wie das die Fürsten tun. Deshalb bedürfe es einer Ermächtigung, die der sozialdemokratische Antrag bezwecke. Den Vorwurf des Vorgehens lediglich aus agitatorischen Gründen wies Seger entschieden zurück. Es handle sich vielmehr um die Verwirklichung der einfachsten sozialen Gerechtigkeit, für die man auch ausserhalb der Sozialdemokratischen Partei Verständnis haben solle.

SPD. Köln, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag begann vor der ausserordentlichen Grossen Strafkammer in Köln die auf 3 Wochen berechnete Gerichtsverhandlung gegen die Brüder Kurt und Fritz Meyer, die Leiter des Küchel-Rothmann-Konzerns in Gelsenkirchen und Köln.

Der Eröffnungsbeschluss legt den Angeklagten zur Last: einmal Kreditbetrug gegenüber mehreren Banken durch Vorlage falscher Bilanzen usw., dann Betrügereien gegen die Textilvereinigung A.G. in Köln und Betrug gegenüber den Grundschuldgläubigern, die das Geld für einen Neubau des Konzerns in Köln gegeben haben. Der Angeklagte Kurt Meyer, der die Firma Küchel in Köln leitete, erklärte, dass die beiden Firmen Küchel und Rothmann die Inflation gut überstanden hätten. Am 31. März 1924 habe das Vermögen 1 660 000 Mark betragen. Der Konzern habe Gelder ausleihen können, so der Essener Kreditanstalt 70 000 Mark. In den folgenden Jahren habe infolge der geringen Kauflust der Bevölkerung eine Insolvenzswelle eingesetzt. Schliesslich hätten die Firmen 18 % Unkosten gehabt, das Geschäft sei unrentabel geworden und sie hätten einer grossen Zahl insolventer Kunden gegenübergestanden. Da habe die Idee, diese Firmen zu sanieren, nahe gelegen. Die Belastung der Konzernkunden mit 10 bis 12 % auf den Einkaufspreis sei nicht zu hoch gewesen. Die von den Angeklagten gegründete Textilvereinigung A.G., an der auch einige ihrer Lieferanten interessiert waren, habe die ihr zur Verfügung gestellten Kredite von 4½ Millionen nicht voll in Anspruch genommen, sondern nur 3,2 Millionen. Der Konzern habe mit 20 Banken gearbeitet. Wenn trotzdem der Konzern zusammengebrochen ist, so liegt das an den Zeitverhältnissen. Kein Gläubiger hätte auch nur einen Pfennig verloren, wenn die Geschäfte regelrecht abgewickelt worden wären. Die mit einzelnen Konzernkunden abgeschlossenen Verträge seien sehr wertvoll gewesen.

Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, dass diese Verträge von dem bekannten Treuhänder Manasse-Berlin als sehr übel bezeichnet worden seien, sagt Kurt Meyer wörtlich: "Der Mann kann sich irren. Er hat sich in der Bewertung des Karstadt-Konzerns auch geirrt." Die von den Kunden gegebenen Wechsel seien reine Warenwechsel, keine Gefälligkeitswechsel gewesen, da niemals höhere Beträge ausgefüllt worden seien, als die jeweilige Schuld betragen habe. Der Angeklagte Fritz Meyer schloss sich der Darstellung seines Bruders an.

In der Beweisaufnahme wird zuerst der Gelsenkirchener Rechtsanwalt Dr. Klee vernommen, der Konkursverwalter der Firma Küchel in Köln war. Die Zahl der Gläubiger betrage 1000 bis 1100, darunter befinde sich die Textilvereinigung A.G., mit 14 Millionen Mark Forderungen. Im Zwangsvergleichsverfahren sei eine Quote von 13 % festgesetzt worden. 80 % der Gläubiger hätten zugestimmt, ein Teil habe Beschwerde eingelegt. Der Warenbestand der Kölner Firma sei auf 900 000 Mark geschätzt worden. Beim Verkauf seien 621 000 Mark gelöst worden. Dazu käme noch 83 000 Mark aus einer Versicherung nach einem Brande und einige kleinere Beträge aus Grundstücken.

Der Konkursverwalter der Firma Rothmann in Gelsenkirchen, Justizrat Klafholt, stellt als Zeuge fest, dass die Zahl der Gläubiger der Gelsenkirchener

ner Firma 1160 mit Forderungen von insgesamt 26 190 147 Mark beträgt. Dazu kommen 19 Bevorrechtigte mit 490 676 Mark Forderungen. Von den Forderungen sind anerkannt 10 916 226, bestritten werden 11 398 512. Im Zwangsvergleichsverfahren wurde eine Quote von nur 6 1/2% festgesetzt. Auch hier haben 80 % der Gläubiger zugestimmt, ein anderer Teil habe Beschwerde eingelegt.

Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigt sich am Dienstag mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Die nächste Sitzung der Gesamtfraktion findet Donnerstag, den 11. Februar nachmittags I Uhr statt.

SPD. Amsterdam, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Unter den zahlreichen Chinesen in Niederländisch-Indien herrscht infolge der Ereignisse in China grosse Unruhe. Die chinesischen Vereinigungen in Batavia und Bankoog haben zu Protestkundgebungen gegen Japan aufgerufen. Alle chinesischen Zeitungen im Archipel wenden sich in scharfen Artikeln gegen Japan.

SPD. Ueber die Abstellung der unerträglichen Härten, die bei der Erhebung der Bürgersteuer und infolge der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen entstanden sind, fand am Dienstag eine Besprechung zwischen Reichsfinanzminister Dietrich, den Reichstagsabgeordneten Dr. Hertz (Soz), Ersing (Z) und Gerig (Z), den Vertretern des ADGB, des Afa-Bundes und der übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbände eine längere Besprechung statt. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften brachten noch einmal die ungeheuerlichen unsozialen Folgen der Bürgersteuer und der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen zur Sprache. Bei der Bürgersteuer haben sich diese Härten vor allem bei den Kurzarbeitern ergeben, die in sehr vielen Fällen weniger verdienen als die Arbeitslosenunterstützung beträgt, deren Lohn ja sogar oftmals unter die Richtsätze der Wohlfahrtsunterstützung sinkt. An Hand vieler Einzelbeispiele wurde dem Minister nachgewiesen, dass bei sehr vielen Kurzarbeitern die heutige Form der Bürgersteuererhebung dahin führt, dass ein Lohnempfänger erst Bürgersteuer zahlen muss und nachher noch eine Unterstützung von der Gemeinde erhalten muss, weil er weniger verdient als die Wohlfahrtsunterstützung ausmacht. Gegenüber diesem widersinnigen Rechtszustand haben schon viele Gemeinden den Weg der Selbsthilfe beschritten und durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern oder durch öffentliche Bekanntmachung festgelegt, dass in allen Fällen keine Bürgersteuer gezahlt zu werden braucht, in denen das Einkommen die Richtsätze der Wohlfahrtspflege nicht überschreitet.

Ebenso unerträglich ist die Hürde, die sich bei den Kurzarbeitern ergibt, die zwar mehr als die Richtsätze verdienen aber weniger, als die Freibeträge der Lohnsteuer ausmachen. Zwar gibt es in der Bürgersteuerverordnung die Vorschrift, dass lohnsteuerfreie Arbeitnehmer nur den halben Bürgersteuersatz zu zahlen haben. Aber massgebend für die Anwendung dieser Vorschrift ist nicht das gegenwärtige Einkommen, sondern das Einkommen im Jahre 1930!

Die Forderungen der Sozialdemokratie, des Zentrums und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Bürgersteuer gingen daher in zwei Richtungen: 1. volle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Richtsätze der Wohlfahrtspflege betragen, 2. Ermässigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer und

nicht das Einkommen von 1930 zugrundegelegt wird.

Reichsfinanzminister Dietrich erkannte die Berechtigung der beiden Forderungen an und sagte zu: 1. Wegen der Befreiung der Einkommen unter den Wohlfahrtssätzen eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Städtetag, sowie den übrigen kommunalen Spitzenverbänden herbeizuführen, 2. spätestens vom 24. Februar ab bei allen Lohnsteuerfreien Arbeitnehmern nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu erheben. Die erforderlichen neuen Durchführungsbestimmungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und bereits in den nächsten Tagen dem Reichsrat zur Verabschiedung vorgelegt werden.

In der Frage der Lohnsteuererstattungen wurde von den Partei- und Gewerkschaftsvertretern grundsätzlich die Forderung erhoben, sämtliche Erstattungen wieder einzuführen. Es wurde aber anerkannt, dass aus technischen und finanziellen Gründen die Durchführung dieser Forderung im vollen Umfang im Augenblick nicht mehr möglich ist. Wenn aber schon die Erstattungen aus Rechtsgründen wegen Verdienstauffall nicht sofort wieder eingeführt werden könnten, müssten auf alle Fälle die Erstattungen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung wieder in Kraft gesetzt werden. Dieser Billigkeitsparagraf steht den Lohnsteuerzahlern ebenso zu wie den Besitzsteuerzahlern. Es gibt daher nur zwei Wege, entweder die Anwendung dieses Paragraphen allgemein für Besitzende und Lohn- und Gehaltsempfänger aufzuheben, oder ihn aber bei beiden Kategorien von Steuerpflichtigen gleichmässig durchzuführen. Gerade die Beseitigung dieser Erstattungen aus Billigkeitsgründen hat zu besonders rigorosen Härten geführt, wie von den Vertretern der Lohn- und Gehaltsempfänger unter Hinweis auf viele Einzelbeispiele nachgewiesen wurde.

Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, dass die Wiedereinführung der Erstattungen aus Billigkeitsgründen einen grossen Mehraufwand verursachen und die Gemeinden, insbesondere aber die Finanzierung der Wohlfahrtsunterstützung in neue Schwierigkeiten bringen würde. Er hielt es daher im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, sagte aber eine nochmalige abschliessende Prüfung zu. Eine Sonderregelung soll für diejenigen unständigen Arbeiter angestrebt werden, die nur wenige Tage in der Woche Arbeit haben und Lohnsteuer zahlen müssen, obgleich ihre Löhne die Freibeträge bei der Lohnsteuer bei weitem nicht erreichen. Nach dem Vorbild des Verfahrens bei den Hamburger Hafendarbeitern soll auch für die anderen unständigen Arbeiter versucht werden, ein Abzugsverfahren durchzuführen, das in Zukunft die Ueberzahlung von Lohnsteuer nach Möglichkeit ausschliesst.

Die Sozialdemokratie hat sich ihre Stellungnahme zu den Vorschlägen des Reichsfinanzministers wegen der Lohnsteuererstattungen vorbehalten. Sie wird den Kampf um die Wiederherstellung der Erstattungen mit aller Energie fortsetzen. Bei aller Anerkennung der schwierigen finanziellen Lage der Gemeinden muss eine steuerliche Härte beseitigt werden, die in sehr vielen Fällen gerade die Gemeinden zu erhöhten Wohlfahrtsleistungen zwingt.

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags erklärte der preussische Finanzminister am Dienstag, dass dem Landtag der Haushalt unter allen Umständen rechtzeitig vorgelegt und nicht ohne ihn verabschiedet werde. Bei den Staatsausgaben sei eine Senkung um insgesamt 33 1/3 Prozent nicht zu umgehen. Ferner müsse man auch an Sparmassnahmen auf weite Sicht denken. Personalpolitische Absichten lägen dabei der Staatsregierung völlig fern.

SPD. Der Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung hat in folgenden Städten neue Kleinsiedlerstellen endgültig bewilligt: Arnstadt (Thüringen) 50, Dresden 290, Ebersdorf i.Sa. 24, Elbing 110, Flöha i.Sa. 90, Gleiwitz (Stadt und Land) 100, Gotha 50, Löbau i.Sa. 24, Olbersdorf (Zittau) 24, Seifhennersdorf (Zittau) 24, Vegesack b/Bremen 70 = insgesamt 856.

Ausserdem hat der Reichskommissar Kleingartenstellen in folgenden Städten endgültig bewilligt: Altona/Elbe 400, Bonn 348 Brandenburg a/H. 180, Burg Bez. Magdeburg 140, Flensburg 311, Halle a/S. 698, Hannover Stadt 1604, Iserlohn 129, Liegnitz 264, Lübeck 400, Merseburg 100, Reichenbach/Eulengebirge 100, Rendsburg 52, Senftenberg/Niederlausitz 100, Stettin 425, Waldenburg/Schlesien 160, Wuppertal 287 = insgesamt 5698.

Bei günstiger Witterung ist mit der baldigen Errichtung der bewilligten Kleinsiedlerstellen und der Anlage der Kleingärten zu rechnen. In einer Reihe von Städten ist bereits mit den Vorarbeiten dazu begonnen worden.

SPD. London, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Regierung gab am Dienstag im Parlament über die Reparationsfrage und die Lage im Osten Auskunft. Der Schatzkanzler bezeichnete als das Ziel der englischen Politik eine möglichst umfassende und endgültige Regelung der Reparationen und Kriegsschuldenfrage. Die englische Regierung glaube, dass sich dieses Ziel am besten durch Streichung von Kriegsschulden und Reparationen erreichen lasse. Die Regierung habe der Verschiebung einer mit der Aufgabe der Regelung der Kriegsschulden- und Reparationsfrage betrauten Konferenz auf Mai oder Juni zugestimmt, als es sich herausgestellt habe, dass der gegenwärtige Augenblick für die Abhaltung einer solchen Konferenz nicht günstig sei. Der Vorschlag einer vorläufigen Vereinbarung über das am 1. Juli nach Ablauf des Hoover-Moratoriums beginnende Jahr, der zwischen England und Frankreich diskutiert wurden sei, habe keinen Erfolg gehabt, und es werde sich wohl als das beste herausstellen, die ganze Frage der Konferenz zur Regelung zu überlassen.

Ueber die China-Politik der Regierung gab der Aussenminister dieselbe Erklärung ab, die von Thomas in Genf verlesen wurde. Der Aussenminister teilte ferner mit, dass die Unterhaltungen mit den Russen über die russischen Vorkriegsschulden als ergebnislos abgebrochen worden seien.

Die neue Parlamentssession ist für England von historischer Bedeutung, weil sie den Uebergang des Freihandelslandes zum Schutzzollsystem bringen wird. Diesen Weg zeigt das Gesetz, das am Donnerstag eingebracht werden wird, wenn auch der vorläufige allgemeine Einfuhrzoll von 10 Prozent noch nicht ausgesprochenen Schutzzollcharakter hat. Man kann die Bedeutung der neuen Session mit der Sitzung vor 100 Jahren vergleichen, als die Einführung des neuen Wahlrechts die Periode des Liberalismus in England einleitete.

SPD. Kopenhagen, 2. Februar (Eig. Dr.)

Die dänischen Arbeitgeber kündigten am Dienstag die Aussperrung von 85 000 Arbeitern für den 12. Februar an. Sie fordern Lohnabbau von 20 Prozent und dreijährige Verträge mit Preiszahlregulierung.

SPD. In dem ersten Devisenschieberprozess auf Grund der neuen Devisennotverordnung verurteilte das Schnellschöffengericht Berlin-Mitte am Dienstag den Vertreter des Londoner Bankhauses Singer und Friedländer, Dr. Gutherz, wegen verstosses gegen die Devisen-Notverordnung zu einem Jahr Gefängnis und

2000 Mark Geldstrafe, die im Nichtbeitreibungsfalle in weitere 20 Tage Gefängnis umgewandelt werden sollen. Der Bankkommissär Palorgie wurde wegen fortgesetzter Beihilfe zu 9 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, der Bankier Oppenheimer wegen des gleichen Delikts zu 10 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Sehr erhebliche Konten des Londoner Bankhauses bei der Commerz- und Privatbank, sowie der Reichskredit A.G. - insgesamt über eine halbe Million Mark - wurden für verfallen erklärt. Die Haftbefehle hat das Gericht für sämtliche Angeklagten aufrecht erhalten.

Die Angeklagten, von denen Gutherz englischer Staatsangehöriger ist, hatten ihre illegalen Transaktionen, es handelte sich um Schiebungen mit Reichsbahnvorzugsaktien, mit ganz besonderem Raffinement ausgeführt. Gutherz wurde in dem Augenblick verhaftet, als er einen Zug nach der Tschechoslowakei besteigen wollte. Einem Teil der Mitschuldigen gelang es leider zu flüchten.

SPD. Brüssel, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Die belgische Regierung hat auf dem Verordnungswege den Zoll auf Baumwollgewebe um 50 % erhöht. Die Massnahme bleibt zunächst bis Ende 1932 in Kraft.

SPD. Hannover, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Vor dem Schnellrichter hatten sich am Dienstag infolge der Nazi-Krawalle in der Altstadt mehrere Arbeiter zu verantworten. Sieben Nationalsozialisten wurden ohne Verhandlung vom Richter aus der Haft entlassen, zwei jugendliche Arbeiter dagegen, darunter ein Führer der Roten Falken, erhielten sechs Monate Gefängnis wegen Landfriedensbruchs.

Die Altstadt von Hannover ist seit Tagen ein Schauplatz politischer Zusammenstöße. Die Nazis haben in einem Proletarierviertel zwei Lokale "erobert", von denen eines, die sogenannte "Kreuzklappe" als übelste Verbrecherkneipe bekannt ist. Die Häuser der Altstadt wurden von den Nazis mit Hakenkreuzen beschiert, ferner wurden von ihnen grosse Hakenkreuzfahnen gehisst, und während dieser "Feiern" spielten die SA-Kapellen, und die SA-Leute sangen auf der Strasse das Horst Wessel-Lied. Die fortgesetzten Provokationen haben in der Arbeiterschaft eine gefährliche Stimmung geschaffen.

SPD. Stuttgart, 2. Februar (Eig. Drahtb.)

Der württembergische Staatspräsident Bolz hat in einer Rede, die er in Laubheim hielt, sich erneut mit den Nationalsozialisten auseinandergesetzt. Seine Kritik an ihnen liess an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Ihre Wähler bezeichnete er als einen "zusammengelaufenen Haufen von Spiessbürgern". "Manche", so sagte er, "wechseln aus Verzweiflung zu ihnen hinüber, andere aus Angst und wieder andere, um dabei zu sein, "wenn die die Posten verteilt werden". Wer das Maul am weitesten aufreisse, habe den grössten Erfolg; "denn die Dummen sind immer noch zahlreicher als die Gescheiten". Den grössten Teil der Nationalsozialisten bilden nach seiner Meinung "anzufriedene Angstmeier oder Streber". Ein solcher "zusammengelaufener Haufe" sei innerlich nicht verbunden, und dass das die Schwäche ihrer Partei ist, das wüssten die nationalsozialistischen Führer selbst. "Dem Zentrum ist" - so sagt Bolz - "die Aufgabe gestellt, den nationalsozialistischen Sieg zu verhindern."

Blößen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Ihnen kann keiner!

SPD. Die Notverordnung über die Reichsfluchtsteuer ist in Kraft, nun soll es den Kapitalflüchtlingen an den Kragen gehen, die in Liechtenstein, in der Schweiz und in Holland sitzen. Man wird ihre Namen und den Steuersteckbrief im Reichsanzeiger lesen, sie werden vor der ganzen Öffentlichkeit an den Pranger gestellt sein!

Haben Sie schon auch nur einen Namen von einem Steuerflüchtigen gehört, der so öffentlich der Verachtung preisgegeben worden wäre? Wir haben noch keinen gehört; denn wenn jemand viel Geld hat und sich damit dem Zugriff deutscher Notverordnungen entziehen will, so macht er es ganz anders als es sich der Laienvorstellung, der von Finanztransaktionen keine Ahnung hat.

Wir haben also noch keinen Steuersteckbrief gesehen, dafür aber eine Meldung, dass ein rheinischer Grossindustrieller eine schlossartige Villa auf dem Mont Albano in Lugano aus dem Nachlass des Prinzen Friedrich Leopold von Preussen gekauft habe. Wir haben auch gelesen, dass es sich bei diesem rheinischen Grossindustriellen um ein Mitglied der Familie Thyssen handelt, allerdings nicht um Herrn Fritz Thyssen, das neueste Mitglied der NSDAP, sondern um den Baron Heinrich von Thyssen. Der Herr Baron hat seinerzeit die holländische Staatsangehörigkeit erworben, ihm kann also keiner! Der Herr Baron Heinrich von Thyssen ist selbstverständlich am Thyssen'schen Familienbesitz beteiligt. Fritz Thyssen spielt den Nationalen, Heinrich aber ist in Gelddingen ganz international!

Da kann man nichts machen? Nein, da kann man wirklich nichts machen. Ihnen kann eben nichts geschehen. Nur eins lässt sich dagegen tun: man muss den nationalen Schreibern, den Thyssen & Co. die Maske vom Gesicht reißen!

Zar Kyrill hat gelernt.

In Frankreich sitzt der "Zar" Kyrill, der Prätendent auf den russischen Thron, der Häuptling der Weissgardisten. Seine Tätigkeit besteht darin, dass er zum russischen Neujahrstag Proklamationen an das russische Volk verfasst. Noch vor nicht allzu langer Zeit waren diese Proklamationen so, wie man es von einem Weissgardistenhäuptling erwarten musste: Wiederaufrichtung der Zarenherrschaft, blutigster weissgardistischer Schrecken, Rückkehr zu den finsternsten Zeiten des Zarismus noch vor der Einsetzung der Reichsduma.

Der Prätendent Kyrill hat inzwischen gelernt. Er ist bei den Nationalsozialisten in die Schule gegangen und siehe da, auch Herr Kyrill, der sich Majestät und Zar nennt, hat plötzlich entdeckt, dass er Sozialist ist. Ganz nach dem Muster der Nationalsozialisten hat er an diesem Neujahrstag eine Proklamation an das russische Volk erlassen, die im Braunen Haus in München registriert worden sein könnte. Der "Sozialist" Kyrill entdeckt, dass in Russland neue und zwar soziale Wege gegangen werden müssen, dass aufgebaut werden müsste und dass jeder Erfolg in der Aufbauarbeit ein Sieg des russischen Volkes sei, dass Russland unter dem Marxismus seufze und dass es durch den Nationalsozialismus errettet werden müsse. Der Kapitalismus sei ein Fluch der Menschheit, er habe die Volksmassen versklavt, der Menschheit müsse eine neue Organisation und die wahre Freiheit gegeben werden.

Von Sozialismus redet er, die Wiederaufrichtung des zaristischen Absolutismus der schrankenlosen Herrschaft der Grundeigentümer, die Wiedereinführung der Leibeigenschaft meint er! Die soziale Maske des weissgardistischen

Häuptlings ist ebenso viel wert wie die soziale Phraseologie der deutschen Nationalsozialisten! Der Faschismus, der Weissgardismus, die finsterste politische und soziale Reaktion nimmt sich in internationalem Masstabe eine soziale Maske vor, um ihre konterrevolutionären Absichten zu verdecken.

Wie die Alten sunen!

In einer bayerischen Volksschule in Vohenstrauss hatte sich eine nationalsozialistische Zelle gebildet. Diese Zelle von Lausbuben betrieb Propaganda, so wie sie es bei ihren älteren nationalsozialistischen Brüdern gesehen haben. Sie bedrohten einen jeden, der sich nicht zu ihr bekennen wollte mit rüchterlichen Prügeln. Ein Schüler, der nicht mitmachen wollte, wurde von ihnen recht überfallen und so lange mit Gummiknütteln bearbeitet, bis er besinnungslos und schwerverletzt am Boden lag. Wahrscheinlich wäre er ohne das rechtzeitige Dazwischentretenvon Erwachsenen nicht mit dem Lebendavongekommen, aber auch so schwebte er noch einige Zeit in Lebensgefahr. Die Anführer dieser jugendlichen Bande, die Hitlers SA zur Zierde gereichen würde, waren die Söhne des protestantischen Pfarrers in Vohenstrauss.

Das sind die Folgen nationalsozialistischer Erziehung, das ist der Ausfluss des Hakenkreuzchristentums, das immer mehr die evangelische Kirche erobert! Es wird Zeit, dass in den Schulen Ordnung geschafft wird. Angefangen muss dabei jedoch nicht bei den Schulkinern, sondern bei den Erwachsenenwerde

Feme gegen die Wahrheit.

Ein Nationalsozialist in Fürstenfeldbruck warnte seinen politisch andersgesinnten Freund, der von Nationalsozialisten überfallen und verprügelt werden sollte. Der Gewarnte fiel trotzdem in die Hände der Rowdies vom Dritten Reich; es kam zu einem Strafverfahren gegen die Angreifer, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Der Warner wurde in der Verhandlung unter Eid befragt, ob er vorher gewarnt habe. Im Zuhörerraum des Gerichts warteten seine Nazifreunde, was er aussagen würde. Aus Angst vor dem Terror schwur er einen Falscheid. Später packte ihn die Reue, er teilte dem Gericht mit, dass er falsch ausgesagt habe und wurde nun zu 4½ Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

Der Fall zeigt drastisch, was von beschworenen nationalsozialistischen Zeugnisaussagen in den Prozessen zu halten ist, bei denen Nationalsozialisten unter der Anklage des Ueberfalles auf der Anklagebank sitzen. Angesichts des Terrors in der NSDAP ist der Wert solcher Aussagen gleich Null.

In der Partei des Herrn Hitler gibt es nicht nur eine Feme gegen politische Andersgesinnte, sondern auch eine Feme gegen die Wahrheit!

Der Hauptmann im Führerstab.

Unter einer Todesanzeige im "Würzburger Generalanzeiger" lesen wir die Unterschrift von zwei Brüdern: Anton Freiherr von Mauchenheim, Hauptmann im Führerstab zurzeit im Auslande, Theodor Freiherr von Mauchenheim, Oberleutnant zur See.

Der Titel "Hauptmann im Führerstab" kommt uns unbekannt vor; es kann nur Hitlers Führerstab gemeint sein. Danach wäre Hitlers Führerstab ein richtiger militärischer Generalstab, in dem es sogar militärische Rangstufen gibt! Der Bruder dieses Hauptmanns im Führerstab aber dient in der Reichsmarine!

Aus aller Welt

Nannoshs Tod.

Wenn Tiere hingerichtet werden - - .

SPD. Die Erschiessung des Leoparden Nannosh, der Ende voriger Woche das zweijährige Töchterchen eines Berliner Portiers zerfleischt hat, erregt die Gemüter. Die Rechtlichkeit und Zweckmässigkeit der von der Polizei angeordneten Massnahme wird eifrig erörtert. Tierschutzvereine glaubten sich für das Leben des in so grauenvoller Weise in seine Bestialität zurückgefallenen Tieres einzusetzen zu müssen. Menschenfreunde beklagen das Los des Besitzers, des Malers Othegraven, der durch den Tod des von ihm zu Filmaufnahmen verliehenen Tieres um seinen Erwerb gekommen sei. Die Polizei macht demgegenüber geltend, dass Nannoshs Tod aus Sicherheitsgründen erforderlich gewesen sei. Der Leopard war schon einmal auf polizeiliche Veranlassung an einen kleinen Tierpark nach Trow bei Berlin verkauft worden - bis ihn sich Othegraven eines Tages heimlich zurückholte.

Der Tod des Leoparden Nannosh erinnert an die zahlreichen Tierhinrichtungen im Mittelalter - Hinrichtungen, die damals allerdings nicht aus Gründen der Sicherheit, sondern aus einem primitiven Vergeltungsdrang heraus durchgeführt wurden. Zu dieser Zeit, zu der man auch wegen Ehebruchs und anderer noch geläufigerer Verfehlungen hingerichtet wurde, war die "Schuld" der Tiere an ihren Untaten etwas ebenso Selbstverständliches, wie heute die Schuld und Verantwortlichkeit der Angeklagten und Ueberführten vor Gericht. Nicht nur gegen Mücken, Fliegen, Maikäfer, Engerlinge, Raupen und Schnecken, sondern vor allem auch gegen Haustiere, Schweine, Hunde, Pferde, Rinder, Esel, Hähne etc. wurden tolle Prozesse geführt. Dass Schweine Kinder auffrassen und dann zum Tode verurteilt wurden, kam besonders häufig vor. In Frankreich zog man ihnen teilweise Kleider an, ehe man sie - - an den Galgen hing. 1604 liess das Pariser Parlament einen verbrecherischen Esel hängen. Diente ein Tier sodomitischen Zwecken, so wurde es als "mitschuldig" ebenfalls hingerichtet und naturgemäss auf dem Schindanger vergraben. Nur in der Schweiz wurden beim Rindvieh öfter aus Spar- und Sankeitsgründen Ausnahmen gemacht, indem man den "armen Sünder" bis auf den Kopf verspeiste und nur diesen auf dem Hochgericht aufsteckte. Besonders grausam war das Verbrennen sodomitisch missbrauchter Tiere, wenn man den Sünder vorher gnadenhalber erdrosselte, das "schuldige" Tier aber alle Qualen lebend aushalten liess. Frankreich pflegte schämig die Akten von Sodomieprozessen mit dem Tier zu verbrennen.

1601 wurde zu Lissabon ein Pferd, dem sein Herr einige Kunststücke beigebracht hatte, als vom Teufel besessen vor Gericht gestellt und verbrannt. Ebenfalls sein Herr. Gleichfalls wegen Zauberei machte man 1474 zu Basel einem Hahn den Prozess, der angeblich ein Basiliskenei (Ei eines Schlangen-Fabeltiers) gelegt hatte; man verbrannte ihn durch Henkershand; heute noch herrscht dort im Volke der Glaube, dass ein Huhn, das wie ein Hahn kräht, geschlachtet werden müsse.

Neben den zahlreichen Schweinen, die Kinder annagten oder auffrassen, waren es besonders die Hunde, die im Mittelalter besonders häufig hingerichtet wurden. Mussten doch nach altem deutschen Rechte im Falle einer im Hause begangenen Nothzucht auch alle Haustiere - - hingerichtet werden, weil sie nicht...um Hilfe gerufen hatten!

Nicht vergessen werden darf, dass die französische Revolution ebenfalls ei-

nen Hund nebst seinen beiden Brotherren von Rechtswegen zum Tode verurteilte. Die beiden Anti-Revolutionäre hatten eine Korrespondenzstelle für Emigrierte unterhalten und den Hund so abgerichtet, dass er alle Uniformen restlos anbellte und ihre Träger biss. So hatte seine übermässige Bissigkeit gerade zur Folge, dass die Polizei ins Haus kam und die Korrespondenz fand. Das Paar wurde guillotiniert, der Hund von einem Polizeinspektor niedergeschossen.

Aber auch unsere Zeit erlebt ihre Tierhinrichtungen... In Stamford (USA) war im Jahre 1925 ein Hund des todeswürdigen Verbrechens angeklagt, eine Nationalflagge vom Grabe eines Soldaten geholt und zerfetzt zu haben. Die Stamford beschloss den Tod des Hundes. Es wäre auch bestimmt die Hinrichtung erfolgt, hätte sich nicht eine Zeitung ins Mittel gelegt und die Begnadigung durchgesetzt.- Gleichfalls in Amerika, in Atlantic City, wurde vom Richter ein Hund, der auf der Strasse eine Frau ins Bein gebissen hatte, zum Tode verurteilt. Der Besitzer des Hundes musste Schadenersatz zahlen.- In Austin in Texas nahm eine Frau daran Anstoss, wie sich in einem öffentlichen Park ein Pinscher aus dem Teiche einen Goldfisch fing und auffrass. Die gekränkte Parkbesucherin erstattete Anzeige. Das Gericht verurteilte den schuldigen Hund zum Tode und gab ausserdem seiner Herrn den befristeten Auftrag zur Urteilsvollstreckung. Ob die Denunziantin prämiert wurde, wird nicht berichtet.

1926 entschied hingegen der englische Appellationsgerichtshof dahin, dass eine Katze, d.h. somit jede englische Katze, das unbestrittene Recht habe, auf alles Getier Jagd zu machen und es zu fressen, falls sie es erwischen könne. Die angeklagte Katze, die zu der allerhöchsten Entscheidung Veranlassung gab, hatte 12 Tauben aufgefressen.

Ein anderer englischer interessanter Tierprozess liegt schon über 40 Jahre zurück: im Jahre 1861 wurde in Leeds ein Kampfhahn hingerichtet, der ein Kind von 1 Jahr 7 Monaten angegriffen und getötet hatte. Das Gericht, das das Urteil gefällt hatte, überwachte die Vollstreckung des Urteils.

Auch im Leningrader Gouvernement, zu Legow, wurde erst vor einigen Jahren ein herrenloser Ziegenbock wegen fortgesetzten Diebstahl von Marktfuhrwerken vor Gericht gestellt. Da der Richter für den Fall keine Instruktion besass, liess er das Tier einstweilen einsperren; der Bock brach aber aus und entkam.. Immerhin gibt es für gesetzesfeindliche Ziegenböcke in Russland eine Tradition, der man schliesslich hätte folgen können: schon im Jahre 1700 hat man dort einen stössigen Bock nach Sibirien verbannt....

Sp.

Mord bei Berlin. In einem Walde bei Berlin-Schmöckwitz wurde der 55-jährige Gastwirt Karl Grubert, Besitzer eines bekannten Ausflugslokals am Seddinsee, erschossen aufgefunden. Der Tote ist nicht beraubt worden. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Meineidiger Rechtsanwalt? In Berlin wurde auf Veranlassung der Dresdener Staatsanwaltschaft der Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Franz Lange wegen Meineidverdacht verhaftet. Dr. Lange, früher Prokurist bei der Raiffeisenbank, hatte im Dresdener Uralzef-Prozess behauptet, dass er von Uralzef keine Geschenke angenommen habe. Es besteht jedoch die Vermutung, dass Lange für die hohen Kredite, die er Uralzef einräumte, durch Geschenke oder Provisionen entschädigt worden ist. So hat z.B. ein Juwelier der Dresdener Staatsanwaltschaft mitgeteilt, dass er einmal im Auftrage von Uralzef für 300 Mark Werksachen an Dr. Lange geschickt habe. Ausserdem stand Langes entsprechende Aussage vor Gericht im Gegensatz zu den Bekundungen Uralzef's.

Die Vierpfennigstücke. Seit einigen Tagen ist in den staatlichen Münzen die Ausprägung der neuen Vierpfennigstücke im Gange. Die Ausgabe der ersten Münzen soll durch die Reichsbank am 15. Februar erfolgen.

Eifersuchtstragödie? Auf dem Treppenflur eines Hauses in Berlin-Steglitz ist die 32-jährige Händlerin Cilly Lissker mit einem Kopfschuss tot aufgefunden worden. Der Täter wurde beobachtet, ist jedoch entkommen. Anscheinend ist die Händlerin das Opfer einer Eifersuchtstragödie.

Akademie=Zuwahlen. In der Preussischen Akademie der Künste wurden in der Abteilung für bildende Künste der amerikanische Architekt Franz Lloyd Wright, in der Abteilung für Musik der bekannte Pianist, Musikpädagoge und Komponist Wilhelm Kempff den bisherigen Gremien zugewählt.

Tod des Dichter=Scheichs. In Mazura (Algier) ist im Alter von 80 Jahren der berühmte mohammedanische Dichter Scheich Benguedda El Hadi Belarbi gestorben. Als der letzte "Minnesänger", der sich noch um die Pflege des mittelalterlichen Geistes in der maurischen Dichtung bemühte, stand der Verstorbene bei den Mohammedanern Nordafrikas in hohem Ansehen. Er beherrschte insbesondere die Kunst der Improvisation. Viele seiner Gedichte verherrlichten die Taten der Eingeborenen im Kampf gegen die Franzosen. Die grossen Epen aus dem 17. Jahrhundert rezitierte er auswendig.

Die Tutenkhamon=Funde. Der amerikanische Forscher Howard Carter hat seine ägyptischen Tutenkhamon=Ausgrabungsarbeiten nach 10jähriger Tätigkeit beendet. Dieser Tage trafen die letzten Tutenkhamonfunde im ägyptischen Museum im Kair ein.

Schweinezählung. Am 1. März 1932 findet auf Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit den Landesregierungen die nächste Zählung der Schweine und nichtbeschaupflichtigen Hausschlachtungen an Schweinen für die Zeit vom 1. Dezember 1931 bis 29. Februar 1932 statt.

Blutbad beim Festgelage. Bei einem von einem New Yorker Bierschmuggler veranstalteten Festgelage drangen plötzlich vier Männer in die Wohnung des Gastgebers ein, richteten ein mitgebrachtes Maschinengewehr auf die Anwesenden und eröffneten ein Schnellfeuer. Drei Personen, unter ihnen eine Frau, wurden getötet; vier erlitten schwere Verletzungen. Die Täter - offenbar Konkurrenten des Bierschmugglers - entkamen unerkannt in einem Auto, da sich niemand den Verbrechern entgegenzustellen wagte. Die zehn Minuten später eintreffende Polizei konnte nur noch den Tatbestand feststellen.

Teure Kartoffeln. Ein Pariser Ladenbesitzer fiel einem alten Gaunertrick zum Opfer. Der Geschäftsinhaber wurde telephonisch von einem Herrn angerufen, der sich namentlich als ein guter Kunde ausgab und um die Gefälligkeit bat, die Rechnung für ein Paket zu begleichen; er habe den Gegenstand, den das Paket enthalte, in der Nähe gekauft und aus Bequemlichkeitsgründen zum Laden des Angerufenen schicken lassen. Tatsächlich wurde das Paket nach einigen Minuten abgegeben, und der Geschäftsinhaber bezahlte die Rechnung in Höhe von 1400 Francs. Als das Paket nicht wieder abgeholt wurde, schöpfte der Ladeninhaber Verdacht. Er öffnete die Sendung und fand drei sorgfältig in Seidenpapier eingewickelte Kartoffeln.

Die Neubaumieten.

Sie sind viel zu hoch.

SPD. Das Absinken des Lebenshaltungsindex im Januar 1932 um etwa 6 Punkte was. rund 4,5 Prozent entspricht, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der ganze Teuerungsindex äusserst starr ist und Unkostenfaktoren birgt, die wirklich wenig Neigung zu einer Abflachung zeigen. Das gilt in erster Linie für die Wohnungskosten, für die Mieten. In der Zeit von Januar 1931 bis Januar 1932, also in einem Jahr schlimmster Deflation, schlimmster Schrumpfung der gesamten Wirtschaftstätigkeit, ist der gesamte Teuerungsindex um nicht ganz 16 Punkte zurückgegangen. Der Ernährungsindex hat sich sogar um etwa 17,5 Punkte gesenkt. Der Mietenindex ging dagegen nur um 10,3 Punkte zurück. Ohne Zweifel hat die Notverordnung die Erwartungen, dass auf dem Gebiet der Mieten endlich eine Normalisierung und eine Verbilligung eintritt, enttäuscht. Die Mieter erwarteten eine Ermässigung der Mieten um rund 15 Prozent und durch eine solche Ermässigung wäre man dem tatsächlich eingetretenen Lohnabbau mehr gerecht geworden. Die Notverordnung brachte für die Altmieten dagegen nur eine Mietpreissenkung von 7 bis 8 Prozent, also eine völlig ungenügende Senkung. Bei den Neubaumieten liegt die Senkung noch weit unter diesem Satz.

Die ungenügende Senkung der Mieten gerade in den Neubauwohnungen wirkt sich umso bedenklicher aus, als Zug um Zug ein weiterer Lohnabbau in Kraft getreten ist. Das entscheidende Moment im Haushalt des Arbeiters, des Beamten und des Angestellten ist aber der Anteil der Mietszahlung am Einkommen. Hier haben sich unhaltbare Zustände entwickelt. In vielen Fällen macht der zu zahlende Mietpreis $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ des Gesamteinkommens aus. Man muss sich darüber klar werden, dass eine derartige Verschlechterung bestimmte Konsequenzen haben muss. Viele Mieter werden die bisherigen Wohnungen nicht beibehalten können, weil sie, gemessen am Einkommen, teurer geworden und zu teuer sind. Sie werden bei der ersten besten Gelegenheit die zu teuren Wohnungen verlassen, nicht zum Vorteil der Volksgesundheit, da sich diese gewissermassen herausgesetzten Familien anderswo in fürchterlicher Enge zusammendrängen müssen. Andererseits ist es nicht so leicht, solche verlassenen Wohnungen aufs neue zu vermieten. Die Flucht aus den Neubauwohnungen, auf die schon im Laufe des vergangenen Jahres immer wieder hingewiesen wurde, wird sich verschärfen. Die zu teuren Wohnungen werden leer stehen und das muss Rückwirkungen auf die finanziellen Verhältnisse der Vermieter haben. Kommt man hier nicht zu einer annehmbaren Lösung, dann muss man sich damit abfinden, dass unsere Neubauwohnungen im grossen Ausmass in die Pleite getrieben werden. Da dadurch auch die Bau- und Wohngenossenschaften betroffen werden müssen, ist dieser Ausblick hinsichtlich einer notwendigen Wohnungsfürsorge und im Hinblick auf die notwendige Förderung der Volksgesundheit nicht besonders erhehend.

In der Öffentlichkeit werden deshalb wieder neue Pläne erörtert, um zu einer Senkung der Neubaumieten zu kommen. So hat man u.a. vorgeschlagen, vorübergehend auf die Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken zu Gunsten der Neubaumieten zu verzichten. Andere Vorschläge sehen einen Verzicht auf die Grundvermögenssteuer vor. Bei dem einen Plan, dem Verzicht auf die Grundvermögenssteuer, muss man sich darüber klar werden, dass, sofern er verwirklicht wird, ein Steuerausfall entsteht, der vom Reich zu decken wäre. Bei

der Verwirklichung des anderen Projekts würden die kärglichen und völlig unzulänglichen Mittel, die heute noch für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen, weiter beschränkt. Man würde die Lage auf dem Baumarkt, der, wenn er keine Beschäftigungsmöglichkeiten hat, ungünstig auf die ganze Industrie rückwirken muss, weiter verschlimmern. Man würde auch die Ueberwindung der Wohnungsnot hemmen, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt verschlechtern und auf die Dauer zu einer Verteuerung der Mieten beitragen. Es muss hier also ein Weg gefunden werden, der dem Neubaumieter die notwendige Mietverbilligung sichert, ohne dass die konjunkturschädlichen Auswirkungen eines verschlechterten Baumarkts eintreten.

Der bekannte Volkswirtschaftler Kahn-Frankfurt hat den Vorschlag gemacht, die Amortisationsrate für das Baukapital herunterzusetzen, um so eine Verbilligung der Neubaumieten zu ermöglichen. Kahn geht dabei von der Erwägung aus, dass in der Tilgung der Baukosten die Lebensdauer der Wohnhäuser zu kurz angenommen wird. Bei der Annahme einer längeren Lebensdauer könnte man niedrigere Tilgungssätze einkalkulieren, wodurch sich eine Senkung der Mieten ergibt. Wenn man z.B. den Amortisationssatz von 1 Prozent auf $\frac{1}{3}$ Prozent ermässigt, so bedeutet das eine Mietermässigung von 8 bis 10 Prozent. Diese Schätzung Kahns erscheint zwar ein wenig zu hoch; sicherlich ist aber seine Ueberlegung richtig. Eine Herabsetzung der Tilgungsraten würde ohne Zweifel eine weitere Mietsenkung in den Neubauwohnungen gestatten. Eine solche Massnahme erhält auch ihre Rechtfertigung durch die Erwägung, dass die Lebensdauer der Häuser viel länger ist als der Zeitraum, der der Schuldentilgung zugrunde gelegt wird.

Man könnte hier zum Ziele kommen, indem man zwangsweise die Tilgungsrate für Wohnungsneubauhypotheken herunter setzt, ungefähr in der Art, wie man das bei der Zinssenkung gemacht hat. Dabei muss man aber in Kauf nehmen, dass die Störungen des Kapitalmarkts, die für die Wirtschaft recht unangenehme Folgen haben, verstärkt werden. Es gibt aber einen Weg, der diese Störungen z.T. vermeidet und doch Erfolg verspricht. Schliesslich stammen die Neubauhypotheken von wenigen grossen Geldgebern, nämlich von den Sparkassen, den Hypothekenbanken, der Privat- und Sozialversicherung usw.. Es handelt sich hier durchweg um Spitzenorganisationen, mit denen sich zentrale Verhandlungen ermöglichen lassen. Auf dem Verhandlungsweg wäre immerhin eine Verstärkung mit diesen Gläubigern über eine gleichmässige Herabsetzung der Tilgungsrate zu erzielen. Schliesslich hätten diese Organisationen bei einer solchen Herabsetzung die Gewissheit, dass die Zahlungsfähigkeit ihrer Schuldner gekräftigt wird. Kommt es nämlich zu einer allgemeinen Pleite auf dem Gebiet der Neubauwohnungen, dann sind die grossen Geldgeber natürlich in erster Linie die Leidtragenden. Das lässt sich durch eine rechtzeitige Konzession hinsichtlich der Tilgungsrate vermeiden.

Im Grunde genommen sind wir der Auffassung, dass die Deflationspolitik ihr Ende erreicht haben muss. Wenn wir hier den gekennzeichneten Eingriff befürworten, dann deshalb, weil die Situation für die Neubaumieter unhaltbar geworden ist und dass Erleichterungen bald kommen müssen.

SPD. Die Reichsbank konnte das Monatsende, das immer eine Häufung in der Nachfrage nach Zahlungsmitteln bringt, durch eine Ausweitung der gegebenen Kreidite um 306 Millionen Mark überwinden. Dadurch hat sich die gesamte Kapitalanlage, die Summe der gewährten Kredite, auf 3 983,6 Millionen Mark gesteigert gegenüber 4 647,2 Millionen Mark Ende Dezember 1931. Der Hauptteil der Erhöhung entfällt auf den Wechselkredit; die Bestände an Handelswechseln und Schecks steigerten sich um 224,9 Millionen Mark auf 3 631,8 Millionen Mark (Ende Dezember 1931 = 4 144 Millionen Mark). Die Summe der gewährten Kredite hat sich damit für Ende Januar um rund 665 Millionen Mark gegenüber Ende Dezember vermindert. Dabei muss man jedoch berücksichtigen, dass die

Klagen aus der Wirtschaft nicht verstummen wollen, wonach gute Handelswechsel bei der Reichsbank nicht unterzubringen sind, während man der Reichsbank andererseits in immer stärkerem Ausmass die Hereinnahme von reinen Finanzwechseln zumutet. Wir erinnern dabei an das neue Projekt, für 800 Millionen landwirtschaftliche Ablösungsscheine zu schaffen, die die Reichsbank aufnehmen soll.

Im Zusammenhang mit der Kreditausweitung hat sich auch der Notenumlauf vermehrt. Die Summe der Reichsbanknoten und Rentenbankscheine stellt sich für Ende Januar 1932 auf fast 4 327 Millionen Mark gegenüber 5 198 Millionen im Dezember 1931. Die Gold- und Devisenbestände verringerten sich um 14,8 Millionen Mark auf 1092,9 Millionen Mark (Verringerung der Goldbestände um 8,6 Millionen Mark auf 947,8 Millionen Mark und der Devisenbestände um 6,2 Millionen Mark auf 145,1 Millionen.) Die Deckung der Noten ging auf 24,8 % zurück gegenüber 26,4 % in der Vorwoche.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierung für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 2. Februar 1932). A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte 65 g 10, über 60 g 9, über 55 gr 8, über 45 g 7,25; aussortierte, kleine und Schmutzeier 5,50 - 6,50. B. Auslandseier: Dänen 18er 10, 17er 9,50, 15¹/₂-16er 8, leichtere 6,25 - 7; Schweden 18er 10, 17er 9,50, 15¹/₂-16er 8, leichtere 6,50-7; Holländer 68 g 10,25, 60-62 gr 8,25 - 9, 57-58 g 8, leichtere 7,25-7,75; Rumänen 6-7,50; kleine Mittel- und Schmutzeier 5 - 5,50. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: Trübe. Tendenz: Ruhig.

Berliner Viehmarkt.

(2. Februar).

SPD. Nach wie vor ist die Preisgestaltung durchweg vom Auftrieb abhängig. Auf dem Schweinemarkt konnten die Tiere im Gewicht von 240 bis 300 Pfund, die am vorigen Markt nachgegeben hatten, den letzten Preisstand wieder einholen. Im übrigen wurden bei ruhigem Handel die letzten Preise behauptet. Auf dem Kälbermarkt gelang das nur bei den geringeren Kälbern, während sich die Preise für die übrigen Klassen abflachten. Der Hammelmarkt war nicht genügend besetzt; die Preise zogen bei lebhaftem Handel an. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-) b) (240-300 Pfd.) 40 (39-40), c) (200-240 Pfd.) 38-40 (38-39), d) (160-200 Pfd.) 35-37 (35-37), e) (120-160 Pfd.) 32-34 (32-34). Sauen 34-36 (34-35). Schafe: a) 39-41 (38-39), b) 36-38 (35-37), c) 33-35 (30-35), d) 23-28 (22-27). Kälber: b) 36-44 (37-45), c) 26-35 (26-36), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 24-26 (24-28), b) 20-23 (20-23), c) 16-19 (16-19), d) 11-14 (12-15).

SPD. Die Zahl der Konkurse hat sich im Januar 1932 etwas vermindert. Das Reichsstatistische Amt gibt sie mit 1128 gegenüber 1178 im Dezember 1931 an. Die Zahl der Vergleichsverfahren ging von 864 auf 751 zurück.

SPD. Die Vereinigten Stahlwerke, das Riesenunternehmen an der Ruhr und am Rhein, wo der rechtsradikale Fritz Thyssen und der zu den Nationalsozialisten übergeschwenkte Dr. Schwenker residieren, wollen, wenn die vorliegenden Nachrichten stimmen, sich endlich um ihre übersetzte Verwaltung bemühen, die in der Öffentlichkeit immer wieder stark kritisiert worden ist. Erst der Druck der Krise hat Reformpläne nach dieser Richtung im Ruhrtrust reifen lassen. Immer noch verfügt das Unternehmen über einen Vorstand von 45 Köpfen. Die einzelnen Generaldirektoren beziehen ein Gehalt pro Jahr, das mehrere hunderttausend Mark ausmacht. Das Unternehmen könnte also hier beträchtliche Summen sparen.

Die Zahl der Vorstandsmitglieder betrug Ende 1929 nicht weniger als 47, was selbst bei dem Umfang des Unternehmens zweifellos überhöht ist. Bis Ende 1931, hat sich der Vorstand auf 45 Köpfe verringert. Demgegenüber betrachtet man, wie dieser Vorstand bei den Belegschaften "rationalisiert" hat. Ende 1929 machte die Belegschaft bei dem Ruhrtrust noch 178 000 Köpfe aus; Ende 1931 waren es 85 000 Köpfe.

Das schreiende Missverhältnis beweist sicherlich, wie notwendig die Durchführung von Reformplänen ist. Es ergibt sich aber, soweit die Vorstandsmitglieder in Frage kommen, gegenüber dem Abbau der Belegschaft ein kleiner Unterschied. Arbeiter lässt man einfach stempeln gehen. Die Vorstandsmitglieder jedoch, die der Ruhrtrust wahrscheinlich abbauen wird, erhalten die bekannte "dicke" Entschädigung. Diese "Abgebauten" brauchen nicht stempeln zu gehen.

SPD. In Köln ist die Krankenkasse der Schneiderinnung zusammengebrochen. Diese Kasse brachte das Kunststück fertig, die von ihren Mitgliedern eingezogenen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entgegenzunehmen, aber nicht an die richtige Stelle abzuliefern. So ist mit der Zeit eine Schuld von 25 000 Mark entstanden, deren Abtragung über die Kräfte der Kasse geht.

Der Fall der Schneiderinnungskasse in Köln beweist, dass man endlich die Rationalisierung im Krankenkassenwesen mit Ernst anfassen soll, damit sich derartige Vorkommnisse nicht wiederholen.

SPD. Die amerikanische Autoindustrie hat im Jahre 1931 nur rund 2 Millionen Personenwagen, genau 1,967 Millionen Wagen, hergestellt gegenüber 2,805 Millionen im Jahre vorher und 4,569 Millionen im Jahre 1929.

Die Produktion von Lastwagen beläuft sich für 1931 auf 416 000 gegenüber 540 000 im Jahre 1930 und 761 000 im Jahre 1929.

Buttermarkt.

(2. Febr.)

SPD. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz wieder als fest und setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten - für den Zentner wie folgt fest: I. Qualität 107, II. Qualität 100 und abfallende Sorten 90 RM.

Weizenmehl höher.

(Berliner Getreidebörse vom 2. Febr.)

SPD. Auch am Dienstag hielt an der Berliner Produktenbörse die feste Tendenz für Weizen unverändert an. Bei knappem Angebot und reichlicher Nachfrage der Mühlen konnten sich die Preise für Lokoware wiederum um eine Mark befestigen, während am Markte der Zeitgeschäfte die Preisgewinne zwischen 1 und 2 Mark schwankten. Der Roggenpreis wurde durch Abgabe an russischem Roggen unter Druck gehalten. Das Angebot an Inlandsware war unverändert knapp; die Mühlen in der Provinz, die deutschen Roggen bevorzugen, mussten Aufgelder bezahlen. Die Notierungen für prompte Ware blieben unverändert, während am Markte der Zeitgeschäfte die Notierungen um 1 bis 2 Mark rückläufig waren. Im Mehlhandel wurden die Preise für Weizenmehl an den Mühlen um 25 bis 50 Pfennige erhöht. Das Geschäft hielt sich in Grenzen, da der Konsum wenig Neigung zeigte, zu den erhöhten Forderungen zu kaufen. Roggenmehl war zu unveränderten Preisen erhältlich und hatte ruhiges Konsumgeschäft, wobei die billigsten Sorten bevorzugt wurden. Für Hafer zeigte sich wenig Interesse.

	1. Febr.	2. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	239 - 241	241 - 243
Roggen	198 - 200	198 - 200
Fraugerste	158 - 168	158 - 168
Futter- und Industriergerste	153 - 157	153 - 157
Hafer	138 - 146	138 - 146
Weizenmehl	29,00 - 32,75	29,00 - 33,00
Roggenmehl	27,50 - 29,75	27,50 - 29,75
Weizenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
Roggenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen März 256-257 (Vortag 255)		
Mai 263½-264-263½ (262½), Roggen März 205½-204½ (205½), Mai 212-211 (213),		
Hafer März - (156½), Mai 165½-166 (164).		

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) R \mathcal{M}	0,80 - 1,--
" " Weizenstroh " R \mathcal{M}	0,60 - 0,70
" " Haferstroh " R \mathcal{M}	0,70 - 0,85
" " Gerstenstroh " R \mathcal{M}	0,65 - 0,75
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt R \mathcal{M}	0,85 - 1,--
Bindfadengepresstes Roggenstroh R \mathcal{M}	0,75 - 0,85
" " Weizenstroh R \mathcal{M}	0,60 - 0,70
Häcksel Tendenz behauptet R \mathcal{M}	1,20 - 1,40
Handelsübliches Heu, gesund und trocken R \mathcal{M}	1,20 - 1,40
Gutes Heu, gesund und trocken R \mathcal{M}	1,70 - 2,--
Luzerne, lose R \mathcal{M}	2,40 - 2,70
Thymothee, lose R \mathcal{M}	2,35 - 2,65
Kleeheu, los R \mathcal{M}	2,25 - 2,55
Drahtgepresstes Heu R \mathcal{M}	0,30 über Notiz.

Tendenz stetig.

emmerlichoffliche Bündschou *

Hitler und der Arbeiter.

----- Wie steht es damit im Ruhrgebiet?

SPD. Vor einigen Tagen wurde Hitler im Industrieklub der Schwerindustrie in Düsseldorf pompös gefeiert. Man hat ihm zu Ehren ein Essen mit Austern und Sekt gegeben. Warum hat man ihn nach Düsseldorf gerufen? Damit er die Kapitäne der Schwerindustrie dusselig reden soll? Bestimmt nicht. Was Hitler den Schwerindustriellen erzählen kann - darüber wissen die Herren an Rhein und Ruhr viel besser Bescheid. Der wirkliche Grund der Industrieklubfeier ist ein anderer: die Schwerindustrie wollte dem Prestige des Nazi-Götzen neuen Glanz verleihen. Sein Nimbus soll wachsen und zwar im Inland wie im Ausland und seine Kriegskasse soll sich füllen.

Die schwerindustriellen Kapitäne haben mit dem Nazi-Götzen noch grosse Dinge vor. Schon meldet ihre Presse, dass Hitler entschlossen zu sein scheinere, bereits im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl gegen Hindenburg zu kandidieren. Das grösste der grossen Dinge aber, die die Schwerindustrie mit Hitler meistern will, ist nach wie vor ihr nicht ohne Kühnheit unternommener Versuch, eine Nazi-Arbeiter-Partei zu schaffen. Bis jetzt ist sie noch nicht da, diese Arbeiter-Partei zur Niederknüppelung der Arbeiter. Sie ist die grosse Sehnsucht, das grosse Ziel der schwerindustriellen Verschwörer und ihrer Henkersknechte: der deutsche Arbeiter soll sich selbst umbringen. Das ist der Sinn, der Zweck und das Programm der Hitler-Partei.

Nicht von ungefähr hat erst vor einigen Tagen Hitlers Berliner Helfer Dr. Goebbels in seinem Hetzblättchen in Form einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter einer italienischen Faschistenzeitung in einem schrecklichen Schmus nachzuweisen versucht, dass die Hitlerpartei bereits zum überwiegenden Teil aus Arbeitern bestehe. Schon 65 % der eingetragenen Berliner Angehörigen seiner Partei seien wirkliche Proletarier, die aus der marxistischen Verseuchung herausgerissen worden seien. Vor dem Münchener Putsch sei die Hitlerpartei zum grössten Teil aus bürgerlichen Elementen zusammengesetzt gewesen. Nach dem Scheitern des Putsches dagegen habe Hitler erkannt, dass der deutsche Arbeiter von unten her erobert werden müsse. Diese Eroberung sei zunächst in zwei Vorstössen vor sich gegangen: durch Propaganda vor allem in den industriellen Gebieten und durch Versammlungen für die einzelnen Arbeiterkategorien. In beiden Fällen sei man aber nicht genügend an den Arbeiter herangekommen. Deshalb habe man für die dritte Aktion zur Eroberung des deutschen Arbeiters die Losung ausgegeben: "Hinein in die Betriebe!" Jeder einzelne industrielle Betrieb sei propagandistisch erfasst worden, und damit sei man endlich ein entscheidendes Stück vorwärts gekommen.

Nazi-Goebbels hat seinen italienischen Freunden einen Bären aufgebunden. Gewiss umfasst die Hitler-Partei auch Proletarier. Das ist kein Kunststück; denn wir haben ja auch ein sogenanntes Neuproletariat, das sich vor allem aus den verarmten Existenzen des Mittelstandes rekrutiert, und seiner ganzen Herkunft und Erziehung nach nur unendlich schwer und erst nach vielen Irrfahrten den Anschluss an den organisierten Arbeiter findet. Dieser organisierte Arbeiter aber - auf ihn haben es die Drahtzieher der Hitler-Puppe, die Gastgeber des Festessens im Düsseldorfer Industrieklub, abgesehen. Dieser organisierte Arbeiter - er soll aus der "marxistischen Verseuchung" herausgerissen werden und zwar vor allem in den Betrieben der Schwerindustrie selbst; denn

die Geldgeber wollen doch schliesslich für ihr Geld auch etwas haben. Gerade da sieht es aber für die Hitler-Partei sehr wenig hoffnungsvoll aus: der Ruhrprolet will vom Nationalsozialisten nichts wissen. Deshalb machen neuerdings die Hitlerleute im Ruhrgebiet die grössten Anstrengungen, um in Versammlungen bei den Bergarbeitern Fuss zu fassen. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die ursprünglich geplante systematische Betriebszellenorganisation bei den Bergarbeitern nicht den gewünschten Anklang fand, stellten sich die Agitatoren der NSDAP wieder um und versuchten wieder einmal in Bergarbeiterversammlungen zu den Belegschaftsmitgliedern zu sprechen. Sie veranstalteten eigene Versammlungen, d.h. sie kehrten also wieder zu ihren früheren, bereits aufgegebenen, Propagandamethoden zurück. In den von den organisierten Bergarbeitern veranstalteten Versammlungen getrauten sie sich wohlweislich nur selten das Wort zu ergreifen; dagegen waren sie in ihren eigenen Versammlungen umso frecher. Allein in den meisten Fällen zeigte sich, dass die Ruhrbergarbeiter den Nazi-schwindel durchschauen. Mitglieder vom freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband setzten den Nazi-Referenten schwer zu. Das führte schliesslich dahin, dass in mehreren Fällen die freigewerkschaftlichen Diskussionsredner das Wort nicht mehr bekamen, obwohl es ihnen vor der Versammlung ausdrücklich zugesichert worden war. Wenn daraufhin von den organisierten Bergarbeitern die Versammlungsteilnehmer aufgefordert wurden, den Saal zu verlassen, dann gab es meistens bei den Nazioten lange Gesichter.

Trotz aller Misserfolge haben jedoch die Nazis ihre Werbearbeit bei den Ruhrbergarbeitern nicht aufgegeben. Sie versuchen auch weiterhin auf Befehl von oben hauptsächlich in öffentlichen Versammlungen die Bergarbeiter für ihre Ideen zu gewinnen. Dabei gehen sie mit grösster Vorsicht und Tücke zu Werke. Weil sie ein schlechtes Gewissen haben, sorgen sie stets dafür, dass genügend SA-Leute zum "persönlichen Schutz" anwesend sind. Als sich z.B. kürzlich in einer Versammlung herausstellte, dass die vernünftig denkenden Bergarbeiter wieder einmal in der Mehrheit waren, da rief man sofort telefonisch weitere SA-Trupps zur Hilfe herbei. Wie diese SA-Horden gegen die Bergleute vorgehen, zeigt folgender Fall: In einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung in der Nähe von Essen wurde einem Sprecher der Bergarbeiter das Wort entzogen, weil er den Naziherren die Wahrheit sagte. Als daraufhin die Mehrzahl der Bergarbeiter den Saal verliess, begannen die Nazis eine Stuhlschlacht gegen die Nachzügler des Abmarsches. Sie kamen jedoch an die verkehrte Adresse. Ihr heimtückischer Überfall wurde von den Bergarbeiterfäusten gebührend "gewürdigt", und es ist kaum anzunehmen, dass die Nazis in diesem Kreis noch einmal nach der gleichen Methode vorgehen werden.

Hitlers Anhang innerhalb der Bergarbeiterschaft besteht aus Betriebsleitern und anderen Angestellten, wobei jedoch zu beachten ist, dass auch in diesem Kreis die Mehrzahl dem Nationalsozialismus fremd gegenübersteht. Was sich aus den Reihen der Arbeiter dem Faschismus verschrieben hat, besteht zumeist aus Elementen, die überall anzutreffen sind: es sind die geborenen Lakaien. Der weitaus grösste Teil der Belegschaftsmitglieder dagegen sieht in dem Nationalsozialismus das, was er ist: nämlich die Vorhut des Grossangriffs des Kapitals gegen die Arbeit.

* SPD. Der Deutsche Bauwerksbund hat in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister gegen den Ausschluss des freien Baugewerbes aus der Erwerbslosensiedlung Beschwerde erhoben. Die Beschwerde stützt sich auf den Nachweis, dass dieser Ausschluss keine Ersparnis, sondern eher eine Verschleuderung öffentlicher Mittel bedeutet.

Der Reichskommissar behauptet, mit Tariflöhnen sei das Siedlungswerk nicht durchzuführen. Nach seinen Richtlinien sollen die Siedlungen im Wege

der Selbsthilfe, Nachbarhilfe und des Freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet werden. Die Richtlinien enthalten sogar Anweisungen, die es dem freien Baugewerbe auch dann unmöglich machen, sich einzuschalten, wenn es den Beweis erbringt, dass es in dem gegebenen finanziellen Rahmen Tariflöhne zahlen und fachgemässe Arbeit leisten könnte.

Der Baugewerksbund macht demgegenüber darauf aufmerksam, dass in Wirklichkeit nichts gespart wird. Die Gesamtkosten für eine Siedlungsstelle dürfen 3 000 Mark nicht übersteigen. Das Reichsdarlehen beträgt 2 500 Mark im Höchstfall. Das bedeutet praktisch nichts anderes, als dass für die zur Verfügung gestellten Reichsdarlehen alle Materialien einschliesslich Inventar bezahlt werden, die Häuser aber von den Siedlern selbst errichtet werden sollen. Der Lohnanteil der Bauarbeiter an einem solchen Siedlungshaus beträgt bei tariflicher Entlohnung etwa 850 Mark. Das sind für 6 Arbeiter etwa 4 Wochen Arbeit. Würde man die Siedlerstellen statt in Selbst- und Nachbarhilfe zu tarifmässigem Lohn errichten, so würde dadurch die Arbeitslosenunterstützung gespart, und ausserdem würden die beschäftigten Arbeiter Steuern und Sozialbeiträge entrichten. Unter Berücksichtigung dieser Umstände könnten die Häuser auch zu Tariflöhnen mit den zur Verfügung stehenden Beträgen errichtet werden. Ein vielleicht noch verbleibender geringfügiger Fehlbetrag könnte wettgemacht werden durch sparsamere und zweckmässigere Materialverwendung und durch fachgerechte Arbeit zum Nutzen des Siedlers und des Staates, der doch mit seinem Geld keine Pfscharbeit fördern sollte. Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass die Siedler bei der Herstellung der Bauten in irgendeiner Form beschäftigt werden. Der Siedler kann ferner vor allem mitarbeiten bei der Erschliessung des Geländes, der Wegebefestigung, dem Brunnenbau, der Einfriedung der Grundstücke und ihrer Herrichtung für landwirtschaftliche Zwecke. Selbstverständlich kann er auch, soweit er Facharbeiter ist, von den bauausführenden Firmen mitbeschäftigt werden. Die Errichtung der Bauten durch Nichtfacharbeiter jedoch ist nichts anderes als Geldverschwendung.

SPD. Die im Deutschen Beamtenbund organisierten braunschweigischen Beamten haben in einer wuchtigen Proteskundgebung gegen die vom Naziminister Klagges verfügte Auflösung des Landesverbandes der braunschweigischen Polizeibeamten Stellung genommen. Der Bundesvorsitzende Flügel forderte sofortige Aufhebung des Verbotes, da es verfassungswidrig sei. Das Verbot einer Gewerkschaft sei ein Vorgang, der erfreulicherweise im deutschen Reich bis jetzt noch nicht zu verzeichnen gewesen sei. Bisher habe kein Minister die Koalitionsfreiheit der Beamten anzutasten gewagt. Der Deutsche Beamtenbund habe beim Reichsinnenminister bereits Beschwerde über Klagges eingelegt.

Flügel und Schrader, der Leiter der Reichsgewerkschaft der Polizeibeamten, versicherten den braunschweigischen Polizeibeamten, dass die gesamte deutsche Polizeibeamtenschaft hinter ihnen stehe, -

Im braunschweigischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach das Verbot rückgängig gemacht werden soll. Der Landtag wird voraussichtlich in der nächsten Woche zusammentreten.

SPD. Zum stellvertretenden Schlichter für Mitteldeutschland ist mit Wirkung vom 1. April an Regierungs- und Gewerberat Duhm bei der Regierung in Erfurt bestellt worden.
